

MEINUNG

Werner Murgg
KPÖ-Landtagsabgeordneter

Muss man sich heute vor „Reformen“ fürchten?

Vor Jahrzehnten hatte das Wort „Reform“ bei den arbeitenden Menschen einen guten Klang. Da gab es eine Bildungsreform, in deren Folge die Hochschulen demokratisiert und für Kinder aus Arbeiterfamilien geöffnet wurden. Unter dem Begriff Justizreform wurde der Zugang zum Recht erleichtert und den Frauen gesellschaftliche Gleichberechtigung ein Stück näher gebracht. Kurz: Unter Reform verstand man eine Verbesserung der Lebensverhältnisse der Arbeiter und Angestellten. Heute ist das anders: Sprechen die regierenden Parteien und ihre Experten von Reform, müssen sich die arbeitenden Menschen fürchten. So auch in der Steiermark: Dort sind ÖVP und SPÖ in einer „Reformpartnerschaft“ angetreten das Land zu verändern. Dabei geben sie, beklatscht von der Industriellenvereinigung und den großen Medien, fälschlicherweise vor, mit ihren „Reformen“ das alltägliche Leben der Steirerinnen und Steirer zu verbessern. Ich frage mich: Ist die Streichung hunderter Spitalsbetten eine Verbesserung oder eine Verschlechterung? Ist die Auflösung der

Lungenheilstation Hörgas-Enzenbach eine Verbesserung oder eine Verschlechterung? Ist die Kürzung der Wohnbeihilfe eine Verbesserung oder eine Verschlechterung? Ist die Abschaffung des Gratis-Kinder Gartens eine Verbesserung oder eine Verschlechterung? Ist die Einführung von Angehörigenregressen im Pflegebereich eine Verbesserung oder eine Verschlechterung? Ist die mit der geplanten Gemeindezusammenlegung zu befürchtende Schließung von Gemeindeämtern eine Verbesserung oder eine Verschlechterung? Die Beantwortung der Frage erübrigt sich. Medien, die herrschende Politik und ihre sogenannten Experten, haben das Wort „Reform“ in sein Gegenteil verkehrt. Die KPÖ kämpft dafür, dass dieses Wort wieder seinen ursprünglich guten Klang zurückerhält. Das geht nur, wenn mit einer Politik gebrochen wird, die lediglich den Interessen der Industriellenvereinigung und des großen Geldes gehorcht. Auch in der Steiermark!

Werner Murgg
KPÖ-Landtagsabgeordneter



Wie wollen wir Pflege?
Unser Ziel: Altern in Würde und keine Ausbeutung der Beschäftigten
Vorläufer der steirischen KPÖ zum Wahlkampf

Forderungen der KPÖ zur Pflege, Position der KPÖ zur Gesundheitspolitik: Broschüren, kostenlos anzufordern beim
KPÖ-Landtagsklub,
Tel. (0316) 877-5102,
E-Mail: georg.fuchs@stmk.gv.at

Gesundheit ist keine Ware!

Gedanken zur Gesundheitspolitik in der Steiermark



PRIVATISIERUNG, SCHLIESSUNGEN Ausverkauf im Ge

Die steirische rot-schwarze Gegenreform-Partnerschaft richtet sich auch gegen das Gesundheitswesen. SPÖ und ÖVP nehmen in Kauf, dass die Gesundheit der Bevölkerung zu einer beliebigen Ware wird und die Brieftasche über den Zugang zu Heilung und Gesundheit entscheidet.

Die KPÖ Steiermark hat in einer Broschüre mit dem Titel „Gesundheit ist keine Ware!“ Gedanken zur Gesundheitspolitik zusammengefasst. Darin verweist sie darauf, dass die Weltgesundheitsorganisation Gesundheit als „Zustand des vollständigen, körperlichen, geistigen und sozialen Wohlergehens und nicht nur als Fehlen von Krankheit und Gebrechen“ definiert.

Zur aktuellen Entwicklung heißt es: „Das Gesundheitssystem soll einer fatalen Profitlogik unterworfen werden. Je mehr Geld jemand hat, desto besser die Gesundheitsversorgung. Die Privatisierung im Gesundheitsbereich nimmt zu. Schon vor Jahren wurden die Spitäler ausgegliedert – ein Zwischenschritt zur Privatisierung. Aktuell wurde in der Steiermark ein Spitalskonzept beschlossen, das keinen Stein auf dem anderen lässt.“

Vor der Wahl haben SPÖ und ÖVP versprochen, keinen Spitalsstandort in Frage zu stellen. Jetzt droht ein Kahlschlag: Krankenhäuser sollen geschlossen, Abteilungen aufgelöst und hunderte Spitalsbetten gestrichen werden. Mit dem Effekt, dass Kranke unzureichend versorgt und Pflegepersonen schlechtere Arbeitsbedingungen vorfinden.

Schritte in den Abgrund

Dazu kommen weitere Schritte in den Abgrund, die vor allem von ÖVP-Landesrätin Kristina Edlinger-Ploder kommen, aber die gesamte Landesregierung zu verantworten hat:

Im Landesbudget wurden im März die **Streichung von 800 Spitalsbetten** und die Privatisierung der Landespflegeheime angekündigt. KPÖ-Landtagsabgeordneter Werner Murgg



Im Frühjahr 2011 berichtete „Die Presse“ (oben) über die Lungenheilstation Hörgas, die mit Landesmitteln auf den modernsten Stand gebracht wurde. Im September kam die Verkaufsausschreibung. Ein schweres Verlustgeschäft fürs Land.